



Freiburg, den 19. August 2022

## **Gesetzesvorentwurf zur Änderung des Energiegesetzes (EnGe)** ***L'avant-projet de loi modifiant la loi sur l'énergie (LEn)***

Sehr geehrter Herr Staatsrat  
Sehr geehrte Damen und Herren

Die SP Freiburg hat den Gesetzesvorentwurf zur Änderung des Energiegesetzes (EnGe) geprüft und macht dazu die nachfolgenden Bemerkungen:

### **I. Allgemeines**

Die Partei unterstützt die Bemühungen des Staates zur Vermeidung und Verminderung unnötiger Lichtemissionen sowie der Reduktion der Lichtverschmutzung. Mit diesen Bemühungen gleichzeitig Energie zu sparen ist ein fundamentales Argument mit Überzeugungskraft, welches sämtliche Bevölkerungsgruppen von der Sinnhaftigkeit dieser nachhaltigen Massnahmen überzeugen sollte.

Die SP Freiburg zeigt sich überrascht, dass trotz der bisher geltenden Sanierungsvorschrift im kantonalen Energiegesetz keine genaue Nachverfolgung der Bemühungen der einzelnen Gemeinden besteht, sondern im erläuternden Bericht lediglich von einer Schätzung gesprochen wird. Es ist insofern fraglich, ob der Kanton einfach (weiterhin) abwarten wird oder sich aktiv bei den Gemeinden nach ihrem jeweiligen Stand der Dinge erkundigen wird, von den vorgesehenen Umsetzungsabschlüssen der Investitionspläne Kenntnis nehmen kann oder allenfalls unterstützende Beratung anbieten kann.

### **II. Sanierung erlaubt nicht zwingend eine Nachtabschaltung**

Es gilt darauf hinzuweisen, dass mit einer zusätzlich zu einer Dimmung möglichen Nachtabschaltung die Möglichkeit Energie zu sparen und die Lichtverschmutzung zu reduzieren zwar nochmals erheblich erhöht werden kann, dazu jedoch zusätzliche Investitionen der Gemeinden notwendig sind. Eine finanzielle Unterstützung der Gemeinden ist notwendig, damit diese die Mittel haben und bereit sind in diese zusätzlichen Installationen zu investieren. In Bezug auf dem Begriff der «dynamischen Nachtabschaltung» besteht zudem Klärungsbedarf.

### **III. Gemeindeautonomie vs. Kantonale Vereinheitlichung**

Nachhaltige, jedoch gewöhnungsbedürftige Massnahmen wie eine Nachtabschaltung in den Gemeinden durchzusetzen ist keine einfache Aufgabe für die Gemeindeexekutiven und unterliegt regelmässig der obsiegenden Mehrheit welche z.B. Angst vor der Dunkelheit schürt. Die SP Freiburg sieht bei der Umsetzung umweltschonender und nachhaltiger Massnahmen angesichts der Weltsituation eine gewisse Notwendigkeit des Durchgreifens des Kantons. Damit ist jedoch nicht gemeint, dass den Gemeinden teure Massnahmen vorgeschrieben werden sollen, sondern konkrete Umsetzungsregeln und Unterstützungsbeiträge sind erforderlich und Modelle von Lichtkonzepten anhand derer Zonen mit infrage kommender Nachtabschaltung ausgeschieden werden können. Solche Vorgehensweisen würden einerseits die Gemeinden entlasten und mit Sicherheit auch die Rechtfertigungsmöglichkeiten und das Verständnis in der Bevölkerung fördern.

***Für die SPF: Julia Senti***